

Thesenpapier zum 4. Expertenforum „Innere Einheit“

Bestandsaufnahme

1. Der Mauerfall 1989 hatte sofort eine starke innerdeutsche Migration zur Folge. Täglich wanderten 3000 Ostdeutsche nach Westdeutschland aus. Schlechte Bilanzen, eine marode Wirtschaft und die nicht vorhandene Wettbewerbsfähigkeit waren das Ergebnis nach 40 Jahren zentraler Planwirtschaft. Die erste Herausforderung bestand daher darin, den wachsenden Braindrain zu verhindern und die zusammengebrochene Wirtschaft aufzufangen. Die rasche Währungsunion, die Privatisierung der Betriebe durch die Treuhand sowie die Angleichung der Löhne 1:1 waren die bestmöglichen Instrumente, um den gewaltigen Problemen zu begegnen.
2. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR nach Jahrzehnten der Abschottung vom Weltmarkt hatte eine fast vollständige De-Industrialisierung in Ostdeutschland zur Folge, eine rasche Re-Industrialisierung musste eintreten. Die Zahlen belegen eine bisher relativ erfolgreiche Bewältigung der ökonomischen Herausforderung, wenn man bedenkt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der DDR zunächst 3 % des westdeutschen BIP betrug.
3. Ungleiche Löhne und Unzufriedenheit auf Seiten der Ostdeutschen belasten dennoch den Wiedervereinigungsprozess und scheinen den inneren Einigungsprozess an einer empfindlichen Stelle zu blockieren. Die BürgerInnen fragen sich, warum sie in denselben Betrieben für die gleiche Arbeit in Ostdeutschland weniger Lohn erhalten als ihre westdeutschen Kollegen.
4. Die Antwort auf die Frage nach einer Bilanz der 20 Jahre Deutsche Einheit fällt nicht leicht und hängt stark von der Perspektive, den Erfahrungen sowie den Erwartungen ab. Eine intensive Diskussion hierüber drückt die verschiedenen Einschätzungen aus.

Fazit: Westdeutschland und die letzte DDR-Regierung standen vor der Herausforderung, die starke Abwanderung zu verhindern, was ihren Handlungsspielraum extrem einschränkte. Die unter diesen Umständen gegebenen Entscheidungen waren Weichenstellungen, die auch noch nach 20 Jahren Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland haben. Gemessen

an den osteuropäischen Nachbarländern, die unter ähnlichen Bedingungen vor den gleichen Herausforderungen standen, ist die Bilanz Ostdeutschlands erfreulich. Diese Einschätzung setzt sich jedoch nicht gesamtgesellschaftlich durch, die materielle Unzufriedenheit scheint, laut veröffentlichter Meinung, vergleichsweise hoch zu liegen.

Handlungsempfehlungen

1. Um die ökonomische Bilanz der 20 Jahre Deutsche Einheit zu verbessern und sich den weiterhin großen Herausforderungen zu stellen, muss zuallererst in den Wachstum investiert werden, da nicht allein mit einer Umverteilung der Aufbau Ost gelingen kann. Deshalb muss besonders in den Industriesektor investiert werden, da er die beste Möglichkeit bietet, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren.
2. Für ein gesundes Wachstum muss vor allem die Innovationskraft im Osten gestärkt werden. Möglicherweise bieten Steuererleichterungen in Forschung und Entwicklung nötige Anreize, um den ostdeutschen Wirtschaftsraum zu stärken.
3. Im Rahmen von Leuchtturmprojekten sollen gezielt regionalpolitische Konzepte entwickelt werden, die im Gegensatz zu einer „Gießkannenförderung“ die regionalen Spezifika berücksichtigen und an die Stärken der jeweiligen Region anknüpfen.
4. Bei einer Auseinandersetzung mit der bisherigen ökonomischen Bilanz müssen die bisherigen großen wirtschaftlichen Leistungen, die die Menschen in Ost und West gemeinsam erbracht haben, eine umfassendere Würdigung finden. Entscheidend ist der Vergleichspunkt: Ostdeutschland darf nicht allein mit Westdeutschland verglichen werden sondern muss auch an seinen osteuropäischen Nachbarn gemessen werden. Die Bilanz fällt hier sehr positiv aus und muss verstärkt ins Bewusstsein gerückt werden.
5. Die Politik muss sich dennoch gegenwärtig sein, dass eine rein gesamtwirtschaftlich betrachtete Bilanz keine Aussage über das Leben der einzelnen BürgerInnen zu treffen vermag oder gar gleichzusetzen ist mit einer Gesamtbilanz der Deutschen Einheit. Hierfür müssen, wie in den bisherigen Foren erarbeitet, weitere Faktoren berücksichtigt werden.
6. In einer überregionalen, transnationalen Arbeitsteilung sollten die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern im Rahmen der EU fruchtbringend genutzt werden. Hier können sich ebenfalls Standortvorteile entwickeln.